

Sozialraum Bern-Mittelland: Strategie für eine vernetzte Sozialpolitik

Leitsätze und Handlungsfelder

Impressum

Herausgeber

Kommission Soziales
Regionalkonferenz Bern-Mittelland
Holzikofenweg 22
Postfach 8623
3001 Bern

Gesamtprojektleitung

Isabel Marty, Fachbereichsleiterin Soziales RKBM

Auftragnehmerin

Marietheres Schwegler, Kommunikationsberatung, Luzern

Inhaltsverzeichnis

Vielfalt ist Reichtum - Grundkonsens zum sozialpolitischen Handeln	4
A Sozialpolitische Leitsätze	5
B Handlungsmöglichkeiten und Handlungsfelder	7
Regionale Sozialpolitik: Chancen, Anspruch und Rahmenbedingungen	7
Aufgaben und Funktion der Kommission Soziales	7
Die Handlungsfelder	8

Vielfalt ist Reichtum

Grundkonsens zum sozialpolitischen Handeln

Was zeichnet die Region Bern-Mittelland mit ihren fast hundert Gemeinden aus? Es ist zunächst die Vielfalt: Die Landgemeinde Brenzikofen an der Peripherie gehört ebenso dazu wie die grosse Stadt Bern, das kleine, idyllische Wiggiswil wie das vorstädtische Urtenen-Schönbühl.

So verschieden die Gemeinden sind, so unterschiedlich ihre Herausforderungen und verfügbaren Mittel – sie haben ein gemeinsames Ziel: Lebensqualität, soziale Wohlfahrt und soziale Sicherheit für die gesamte Bevölkerung in allen Lebenslagen. Alte und Junge, Familien mit Kindern und Alleinlebende, Einheimische und Zugewanderte sollen eigenverantwortlich ihr Leben führen und gestalten können.

Hier hat die Sozialpolitik eine wichtige Aufgabe. Sie ist für die Gestaltung des sozialen Lebensraums was die Raumplanung für den gebauten. Die Kommission Soziales hat sich auf einen Grundkonsens zur Sozialpolitik in den Gemeinden der Region Bern-Mittelland geeinigt. Sie formuliert dazu zehn Leitsätze und benennt die wichtigsten Handlungsfelder, in denen sie die sozialpolitischen Ziele aktiv angehen will.

Regional planen – lokal handeln. Das Leitmotiv bedeutet, die Chancen einer regional ausgerichteten Sozialpolitik zu nutzen, ohne die Eigenständigkeit der Gemeinden zu tangieren. Der stete Wandel der Gesellschaft und der Arbeitswelt bringt grosse sozialpolitische Herausforderungen mit sich. Im Verbund können die Gemeinden diesen besser begegnen und einen sozialen Mehrwert schaffen, was die langjährige Erfahrung der Kommission Soziales für die ganze Region Bern Mittelland immer wieder bestätigt.

Regionalkonferenz Bern-Mittelland
Kommission Soziales

A Sozialpolitische Leitsätze

- I. Die Kommission Soziales orientiert ihr sozialpolitisches Handeln am Bild des selbstbestimmten, solidarischen Menschen. Gemeinden gestalten die Rahmenbedingungen so, dass möglichst alle Bewohnerinnen und Bewohner aus eigener Kraft finanziell unabhängig sowie sozial, beruflich und kulturell integriert sind und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.**

Die Kommission Soziales richtet Planung und Umsetzung der Sozialpolitik am hier skizzierten Menschenbild aus und steht ein für entsprechende Rahmenbedingungen. Darüber hinaus werden Gemeinden nur subsidiär tätig. Sie nehmen ihre kommunale und regionale Verantwortung ergänzend zu den übergeordneten politischen Ebenen von Kanton und Bund aktiv wahr.

- II. Die Gemeinden nutzen Ressourcen gemeinsam, nach der Devise: Regional planen – lokal handeln.**

Als im Netzwerk planende Region sind die Gemeinden kompetenter, sozialpolitische Standards und Lösungen zu erarbeiten. Wenn sie mit einer Stimme sprechen, stärken sie ihre Position als Partnerinnen anderer politischer Akteurinnen und Akteure. Gemeinsam initiierte Projekte sowie Erfahrungs- und Wissensaustausch entlasten die einzelnen Gemeinden.

- III. Eine ursachenorientierte, weitsichtige Sozialpolitik kann nur in der Zusammenarbeit mit anderen Politikfeldern und der Arbeitswelt wirksam sein.**

Die Kommission Soziales vertritt ein umfassendes Verständnis von Sozialpolitik. Sie befasst sich nicht nur mit individuellen, sondern ebenso mit gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Sie will auch vorbeugend wirken, Probleme frühzeitig erkennen und angehen und nicht nur reagieren und reparieren – auch aus finanzpolitischen Überlegungen. Dazu vernetzt sie sich aktiv mit regionalen und kantonalen Politik- und Fachverantwortlichen: Mit der Bildungs-, Integrations- und Gesundheitspolitik, mit der Wirtschaft, der Raum- sowie Verkehrsplanung und nicht zuletzt mit der Finanzpolitik und weiteren Partnerinnen und Partnern.

- IV. Sozialpolitik gelingt nur, wenn sie von der Politik, der Fachwelt und der Öffentlichkeit verstanden und akzeptiert wird. Dialog, Sensibilisierung und Kooperation sind die Schlüssel dazu.**

Die Kommission Soziales sorgt für den politischen und fachlichen Austausch über Institutionen hinweg. Sie sensibilisiert Politik und Öffentlichkeit für sozialpolitische Zusammenhänge und Anliegen, begründet ihr Handeln und zeigt die Bedeutung einer umsichtigen Sozialpolitik für den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Mit aktiver Öffentlichkeitsarbeit macht sie ihre Anliegen und Ziele bekannt und transparent.

- V. Die Gemeinden gestalten Sozialpolitik kostenbewusst. Eine nachhaltige Planung berücksichtigt den Nutzen von Investitionen in die Gesellschaft und die Folgekosten des Nicht-Handelns.**

Die Gemeinden pflegen einen sorgfältigen Umgang mit finanziellen Mitteln. Sozialpolitische Massnahmen versteht die Kommission Soziales dann als sinnvolle Investition, wenn sie gesellschaftliche Ursachen von Problemen bekämpft, Ressourcen der Einzelnen fördert und damit die

Eigenverantwortung stärkt. Dies ist mit einer hohen Qualität der professionellen Leistungen erreichbar.

VI. Menschen in Notlagen können ihr Recht auf wirtschaftliche Hilfe und auf Unterstützung zur Selbsthilfe wahrnehmen.

Dies geschieht in erster Linie mit der wirtschaftlichen und persönlichen Sozialhilfe, einer Kernaufgabe der Gemeinden. Ziel ist es, die persönlichen Ressourcen mit den Mitteln der Sozialhilfe so zu fördern, dass die Menschen möglichst bald ihre Selbstverantwortung (wieder) übernehmen und selbstbestimmt leben können.

VII. Die soziale Sicherheit der gesamten Bevölkerung ist in allen Lebenslagen und Lebensphasen zu stärken.

Die soziale und wirtschaftliche Sicherheit aller Bevölkerungsgruppen zu stärken, erfordert ein ausgewogenes Paket von Massnahmen. Dazu gehört die frühe Förderung von Kindern ebenso wie die berufliche Integration von Jugendlichen, zahlbarer Wohnraum für Familien oder ein bedarfsgerechtes Angebot für Betagte. Generationenübergreifende und generationenverbindende Elemente fördern die Solidarität. Um für bestimmte Aufgaben die notwendige Grösse zu erreichen, schliessen sich Gemeinden zusammen und planen regional.

VIII. Die Lebensqualität für alle zu stärken, ist eine Aufgabe über alle Politikbereiche hinweg.

Zu diesem übergeordneten Ziel der Gemeinden und der Region trägt die Sozialpolitik vieles bei. Lebensqualität in einem umfassenden Sinn kann aber nur erreicht werden, wenn alle Politikbereiche die Lebensbedingungen der Bevölkerung als Querschnittsaufgabe verstehen und gemeinsam gestalten. Dazu gehören unter anderem Wohnungsangebote für alle; sichere Verkehrswege; Kinderbetreuungsangebote; Begegnungsorte; günstige Rahmenbedingungen für ein solidarisches Miteinander; Mitsprache und Beteiligung der Bevölkerung; Förderung der Freiwilligenarbeit. Kurz alles, was den Alltag lebenswert macht.

IX. Der Sozialraum Bern-Mittelland zeichnet sich aus durch eine gute soziale Durchmischung – innerhalb der ganzen Region wie auch in den einzelnen Gemeinden.

Eine sozial durchmischte Region zu gestalten, ist ein hoher Anspruch. Konkret begegnen wir dem sozialen Ausschluss mit einer regionalen und spartenübergreifenden Gesamtplanung, die Anreize zur Integration schafft. Eine zentrale Rolle spielt das Wohnungsangebot für alle Schichten und Bevölkerungsgruppen. Deshalb setzt sich die Kommission Soziales beispielsweise für einen guten Wohnungsmix in den Gemeinden ein. Eine ausgeglichene Verteilung der Lasten stärkt die Region.

X. Chancengleichheit für alle ist eine Voraussetzung für die soziale, berufliche und kulturelle Integration. Und Integration wiederum fördert die Chancengleichheit.

Der Zugang zu Bildung in einem ganzheitlichen Sinn, zu Erwerbsarbeit und finanzieller Unabhängigkeit, zu sozialer Integration und zum gesellschaftlichen Leben ist ungleich verteilt. Ziel der Kommission Soziales ist, mehr Chancengleichheit zu erreichen und dafür zu sorgen, dass weder Einzelne noch Gruppen ausgeschlossen werden. Je früher Kinder – insbesondere jene von benachteiligten Familien – gefördert werden, umso mehr Chancen eröffnen sich diesen später für Schule, Ausbildung und Erwerbsarbeit. Das sind zentrale Faktoren für eine gelingende Integration.

B Handlungsmöglichkeiten und Handlungsfelder

Regionale Sozialpolitik: Chancen, Anspruch und Rahmenbedingungen

In diesem zweiten Teil werden die wichtigsten Handlungsfelder bezeichnet, in denen sich die Kommission Soziales in den nächsten drei bis fünf Jahren im Sinne der Leitsätze engagieren will: Soziale Sicherheit, Bildung und Arbeit, Partizipation und soziale Integration, Integration von Zugewanderten.

Die Region als Ebene zwischen Kanton und Gemeinden steht vor vielfältigen Herausforderungen. In der Sozialpolitik geben übergeordnete Gesetze Aufgaben vor, die von den Gemeinden umzusetzen sind. Es bestehen aber auch Spielräume. Diese will die Kommission Soziales zusammen mit den Gemeinden und im Interesse einer aufstrebenden Region Bern-Mittelland nutzen. Durch eine Vernetzung der Gemeinden wird die Qualität und Effizienz sozialpolitischen Handelns gesteigert. Die Kommission Soziales bildet das Bindeglied zwischen Gemeinden und Kanton.

Hier trägt die Kommission Soziales sozialpolitische Verantwortung:

- ▶ Sie gibt dem Sozialen in der Region mehr Gewicht.
- ▶ Sie vertritt im regionalen Verbund die sozialpolitischen Interessen der Gemeinden gegenüber dem Kanton besser.
- ▶ Sie findet über Erfahrungs- und Wissensaustausch, über Koordination und Kooperation bessere Lösungen und beeinflusst dank dieser Synergien das Kosten-Nutzen-Verhältnis positiv.
- ▶ Sie bewegt sich auf Augenhöhe mit den schon früher regional verankerten Politikfeldern Raumplanung, Verkehr, Kultur, Regionalpolitik und Wirtschaft und trägt damit zu einer ganzheitlichen und nachhaltigen Politik in der Region bei.
- ▶ Sie konzentriert ihre Tätigkeit auf die strategische (sozial)politische Ebene und setzt sich ein für gute Rahmenbedingungen der fachlich-operativen Arbeit.

Aufgaben und Funktion der Kommission Soziales

Die zahlreichen Handlungsfelder verlangen, bei den Themen Prioritäten zu setzen. Je nach Dringlichkeit und Wirkung, die von Interventionen zu erwarten sind, interpretiert die Kommission Soziales ihre Rolle wie folgt:

- ▶ Sie beobachtet im Raum Bern-Mittelland die sozialen Entwicklungen und die Wirkungen des sozialpolitischen Handelns in den Gemeinden.
- ▶ Sie entwickelt gemeinsame Haltungen zu aktuellen, sozialpolitisch relevanten Fragen und erarbeitet die nötigen Grundlagen.
- ▶ Sie plant wo immer möglich präventiv, gestaltet den Sozialraum aktiv und initiiert gemeindeübergreifende Projekte.
- ▶ Sie geht Probleme an und steht für gemeinsame Lösungen ein.
- ▶ Sie sucht die Kooperation mit anderen Politikfeldern und Fachbereichen, positioniert sich zu wichtigen Themen und vertritt Interessen und Anliegen der Gemeinden.
- ▶ Sie beschafft die nötigen Ressourcen für konkrete Projekte.

Die Handlungsfelder

I. Soziale Sicherheit

Themen	Ziele	Aufgaben
Sozialhilfe	Existenzsicherung aller als zentrale Aufgabe der Gemeinden	Gemäss Positionspapier Sozialhilfe vom 19. Oktober 2011 Auswirkungen des Sozialhilfegesetzes und des FILAG 2012 (Finanz- und Lastenausgleich) in den Gemeinden verfolgen
Koordination der Sozialsysteme	Effizienzsteigerung in der Zusammenarbeit von Sozialhilfe, IV, ALV und weiteren Versicherungssystemen	Bewusstsein schärfen für Klärungs- und Koordinationsbedarf zwischen den Akteuren und Akteurinnen Sozialpolitische Auswirkungen von Veränderungen der Sozialversicherungen beobachten Rückmelden von Handlungsbedarf
Alter	Herausforderungen der demografischen Veränderungen erkennen und in Planung integrieren Ganzheitliche soziale Sicherung im Alter	Umsetzen der kantonalen Alterspolitik Regionale Planung der Angebote in den Bereichen Wohnen, Betreuung, ambulante und stationäre Pflege, soziale Kontaktmöglichkeiten
Gesundheit	Gesundheitsförderung in Schule, Familie und Alter in den Gemeinden Gesundheitsgrundversorgung gewährleisten	Informations- und Erfahrungsaustausch über Präventionsprojekte Umsetzung des kantonalen Suchthilfekonzepts Auswirkungen der kantonal gesteuerten Spitex in den Gemeinden beobachten Gute Rahmenbedingungen für medizinische Grundversorgung (Hausärzte) schaffen
Kindes- und Erwachsenenschutz (KES)	Sichern einer wirkungsvollen Umsetzung des neuen KES	Informations- und Erfahrungsaustausch zur neuen Rolle der Gemeinden sichern Eintreten dafür, dass bei der KES-Umsetzung private Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in den Gemeinden weiterhin eingesetzt und gefördert werden

II. Bildung und Arbeit

Themen	Ziele	Aufgaben
Frühförderung, Früherfassung und Familienergänzende Kinderbetreuung (Kita)	Optimale Startbedingungen und Chancengleichheit für Kinder in allen Gemeinden Soziale Integration und Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Unterstützen und Begründen des bedarfsgerechten Ausbaus der Kita-Angebote Förderung der Tageselternvereine Sensibilisieren für die Bedeutung der frühzeitigen Erfassung sozial benachteiligter Kinder Regionale Plattform zur Frühförderung für die Gemeinden schaffen
Grundschule – Ausbildung – Erwerbsleben	Abbau der Jugendarbeitslosigkeit Nahtloser Übergang von der Schule zur Ausbildung und ins Berufsleben	Förderung regionaler Netzwerke zwischen Schule, Berufsbildung und Arbeitswelt
Erwerbsmöglichkeiten für Erwachsene	(Re)Integration von schwach Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen in die Arbeitswelt	Berufliche & soziale Integration: Informationsaustausch und Absprachen zur Kooperation der Anbietenden Erweiterung des Platzangebots in Programmen zur beruflichen und sozialen Integration

III. Partizipation und soziale Integration

Themen	Ziele	Aufgaben
Wohnen	Vielfältige Wohnmöglichkeiten für Menschen in allen Lebenslagen zur Förderung der sozialen Durchmischung in und zwischen den Gemeinden	Sensibilisieren für den Einbezug sozialer Aspekte in allen Politikfeldern und Fachbereichen der Regionalkonferenz und der Gemeindepolitik Wohn- und Siedlungsplanungen für alle Preissegmente fördern
Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche	Regional geplante, lokal verankerte soziokulturelle Angebote unterstützen die soziale Integration	Förderung lokaler Angebote in der offenen Arbeit mit Kindern Koordination der regionalen Planung der offenen Kinder- und Jugendarbeit
Zivilgesellschaftliches Engagement	Freiwillige setzen sich für die Gemeinschaft ein	Sensibilisieren für Anerkennung des Freiwilligenengagements in der Region Regionale Unterstützung der Freiwilligenagentur Benevol

IV. Integration von Zugewanderten

Themen	Ziele	Aufgaben
Asylsuchende	Optimale Verteilung Asylsuchender auf die Gemeinden	Interessenvertretung der Region gegenüber dem Kanton Koordination, Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den Gemeinden
Zugewanderte, Familiennachzug	Integration durch Umsetzung des Integrationsgesetzes	Fördern und Fordern der sozialen und beruflichen Integration ab Zuzug in die Gemeinde Erfahrungsaustausch und Absprachen in der Kommission Soziales und den Gemeinden

QUERSCHNITTAUFGABEN ÜBER ALLE HANDLUNGSFELDER HINWEG

V. Information und Öffentlichkeitsarbeit

Ziele	Aufgaben
Bevölkerung, Regionalkonferenz, Fachwelt, Verwaltung, Politik und Organisationen kennen und verstehen die regionalen sozialpolitisch relevanten Themen und Interventionen	Regelmässige, adressatengerechte Informationen und Veranstaltungen Positionierung zu sozialpolitischen Fragen und Veröffentlichung von Empfehlungen für die Gemeinden

VI. Qualitätssicherung

Ziele	Aufgaben
Qualität garantiert Effizienz der sozialen Angebote Sozialpolitisches Planen berücksichtigt auch Erfahrungen aus der Praxis	Regelmässiger Austausch zwischen der strategischen und operativen Ebene zu sozialpolitischen Fragen Einsatz für eine Berufsausbildung für Soziale Arbeit, die den Anforderungen der sozialen Dienste der Region und Gemeinden entspricht Stellungnahmen und Vernehmlassungen aus regionaler Sicht zuhanden des Kantons erarbeiten

VII. Regionale und kommunale Selbständigkeit

Ziele	Aufgaben
Regionale und kommunale Interessen proaktiv in die kantonale Sozialdiskussion einbringen und durchsetzen	Stellungnahmen und Vernehmlassungen aus regionaler Sicht zu sozialpolitischen Fragestellungen und Herausforderungen zuhanden des Kantons erarbeiten In kantonalen, sozialpolitischen Kontaktgremien mitwirken

Der vorliegende Entwurf der Strategie wurde verabschiedet von der Kommission Soziales zu Händen der Vernehmlassung durch die Gemeinden der Region Bern-Mittelland.

Bern, 1. Mai 2012